



# Newsletter Stefan Weber, MdL

AUGUST  
17

2017

## **Liebe Genossinnen und Genossen,**

heute sende ich Euch meinen ersten Newsletter.

Bei meiner Wahl in den Landtag hatte ich mir fest vorgenommen, Euch in der aktuellen Legislaturperiode mit einem Newsletter über meine Arbeit im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu informieren. Dies wird in redaktioneller Zusammenarbeit mit meinem Mitarbeiter Michael Schmidt erfolgen. Beim Layout sind wir noch am experimentieren, das bedeutet, dass sich das Layout im Laufe der Zeit noch ändern kann. Ihr werdet den Newsletter mehrmals im Jahr erhalten. Je nach Wichtigkeit und Themenrelevanz werde ich Euch im Newsletter über unsere Politik im Schleswig-Holsteinischen Landtag berichten. Vielleicht tretet ihr über den Newsletter auch in den Austausch mit mir, gebt Anregungen für unsere Politik. Ich freue ich mich über Eure Rückmeldungen, Anregungen und Kritik.

Euer Stefan Weber



## **Meine Funktionen in unser Fraktion**

Die SPD Landtagsfraktion hat in ihrer ersten Klausurtagung im Mai dieses Jahres über unsere zukünftige Arbeit als Opposition beraten, die Ausschüsse (AS) und Arbeitskreise (AK) besetzt und die Fachsprecher gewählt.

Ich wurde zum Justizpolitischen Sprecher und zum Medien- und Netzpolitischen Sprecher der Fraktion gewählt, sowie als Mitglied für den Innen- und Rechtsausschuss und den Petitionsausschuss benannt. Des Weiteren bin ich stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss, sowie im Umwelt- und Agrarausschuss. Somit werde ich im Fraktionsarbeitskreis Innen und Recht, den Kai Dolgner als Vorsitzender leitet, auch im Umweltarbeitskreis (Vorsitzende Sandra Redmann) und im AK Finanzen (Vorsitzende Beate Raudies) mitarbeiten.

Bei der Besetzung der Ausschussvorsitzenden hat sich auf Grund der unerwarteten Zugriffe der CDU Fraktion eine andere Verteilung als die, die wir auf unsere Klausurtagung geplant haben, ergeben. Wir hatten auf Grund der Stimmenverteilung die Möglichkeit drei Ausschussvorsitzende zu stellen. Auf der Klausurtagung haben wir Thomas Rother für den Innen- und Rechtsausschuss, Wolfgang Baasch für den Sozialausschuss und Kai Vogel für den Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg oder den Petitionsausschuss gewählt. Leider kam es anders als geplant. Die CDU, mit dem ersten Zugriffsrecht, entschied sich für den Innen- und Rechtsausschuss, vermutlich um Frau Ostmeier, die ja nicht zur Justizministerin ernannt wurde, ruhig zu stellen. Somit haben wir mit unserem Zugriffsrecht dann den Finanzausschuss genommen. Als Opposition ist es wichtig, einen der beiden Ausschüsse über die fast alle Themen laufen, mit einem Vorsitzenden zu besetzen. Da nun die CDU wieder am Zuge war und sie sich unerwartet für den Sozialausschuss entschied, haben wir uns in Absprache mit Wolfgang Baasch für den Europaausschuss entschieden. Die Besetzung des dritten Ausschusses zog sich einige Tage hin, da nicht klar war für welchen Ausschuss sich die AfD entscheiden würde, die leider auch ein Zugriffsrecht hat. Sie wählte den Petitionsausschuss. Die weiteren Ausschussbesetzungen, sowie die Mitglieder könnt ihr auf folgender Seite des Landtages nachlesen. <http://www.landtag.ltsh.de/parlament/ausschuesse/>

### **Aus den Plenumssitzungen Juni / Juli 2017**

Der Landtag Schleswig-Holstein tagte bereits dreimal. Die ersten beiden Tagungen hatten sich überwiegend mit der Konstituierung des Landtages und der Regierung beschäftigt, aber auch mit der ersten Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Daniel Günther. Diese eher blasse Vorstellung der zukünftigen Regierungsarbeit hatte keine gemeinsamen Zukunftsvisionen oder Ideen der drei Koalitionsparteien für unser Land. Unser Fraktionsvorsitzender Ralf Stegner nutzte die Gelegenheit als Oppositionsführer, eine gelungene Entgegnung auf diese Erklärung zu geben und hat deutlich gemacht, wie wir als SPD dazu stehen. <http://spd.ltsh.de/presse/keine-dynamik-die-schwarze-ampel-bildet-einen-pr-fausschuss-wir-wollen-die-zukunft-gestalten>

Während der 3. Tagung des Landtages vom 19.07.-21.07.17 wurde inhaltlich intensiv debattiert. Hitzig wurde es in der aktuellen Stunde zur Fertigstellung der A20. Hier ist noch mal deutlich geworden, dass das Wahlversprechen von Daniel Günther, die A20 in den nächsten fünf Jahren fertig zu stellen, schlichtweg eine Wählertäuschung war (und daran sind nicht die Zwergschwäne schuld). Ebenso leidenschaftlich wurde über unseren Antrag „Konsens bei Sonn- und Feiertagsöffnungszeiten -Bäderverordnung verlängern“ (<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00000/drucksache-19-00069.pdf>) diskutiert. Der von der Regierungskoalition eingebrachte Alternativantrag spricht sich für eine Prüfung der Flexibilisierung der Sonntagsöffnungszeiten aus. Die Veränderung der bestehenden Regelung würde erhebliche Nachteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach sich ziehen.

Am zweiten Tag der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause hob der Landtag nach Empfehlung des Innen- und Rechtsausschusses die Immunität eines AfD Abgeordneten auf. Die Staatsanwaltschaft hatte dies beantragt, um eine Durchsuchung seiner Büroräume im

Landeshaus durchführen zu können. Die Immunität der Landtagsabgeordneten ist ein sehr hohes Rechtsgut und eine Aufhebung muss immer sorgfältig geprüft werden. Die anschließende Unterbrechung der Landtagssitzung führte zu einer erheblichen Zeitverzögerung, die auch am Folgetag nur dadurch wieder gut gemacht wurde, dass in Absprache zwischen den Fraktionen, die Aussprache für den Tagesordnungspunkt 24 „Bericht des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein“ abgesetzt wurde.

### **36. TÄTIGKEITSBERICHT DER LANDESBEAUFTRAGTEN FÜR DATENSCHUTZ**

Für die Juli-Sitzung war eine Aussprache zum Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD) vorgesehen und ich sollte als Medien- und Netzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion meine erste Rede zum Bericht halten. Aus parlamentarischen Zeitgründen (s.o.) wurde der 36. Tätigkeitsbericht, der erste der seit zwei Jahren amtierenden Datenschutzbeauftragten Marit Hansen dann jedoch ohne Aussprache, also ohne Rede zur Kenntnis genommen – wie man es wörtlich formal parlamentarisch ausdrückt. Die Rede wird jetzt in den Plenardokumenten verzeichnet. Zu Eurer Information habe ich die Rede in diesem Newsletter dokumentiert.

Die Umsetzung von Maßnahmen für Datenschutz und Informationssicherheit ist gesetzliche Pflicht, betonen die Datenschützer. Das ULD ist mit seinen 32 Mitarbeitern gleichzeitig Aufsichtsbehörde für Datenschutz und Ansprechstelle vor Ort, um ein gutes Datenschutzniveau in Schleswig-Holstein zu gewährleisten. Grundsätzlich rät das ULD Verbrauchern zu mehr Sensibilität beim Umgang mit neuen Techniken, etwa beim Smartphone. Viele Apps nähmen sich weitreichende Zugriffsrechte und schalteten beispielsweise als Standard die Mikrofone ein.

Rede zu Protokoll gegeben!

Kiel, 21. Juli 2017

TOP 24 Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein (Drs-Nr. 19/10)

Stefan Weber

Datenschutzbericht: Stärkung der Medienkompetenz ist wichtiger denn je  
Am 4. Juli hat das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) seinen 36. Tätigkeitsbericht vorgelegt. Internet, Computerisierung und Datentransfer sind nicht nur in der Gesellschaft angekommen, sondern haben diese bereits grundsätzlich verändert. Die Digitalisierung schreitet immer weiter fort - dank Smartphone, Smart Home und Apps, doch manchmal bleibt der Datenschutz, vom Bürger oft unbemerkt auf der Strecke. Viele Bürger gehen mit ihren Daten zu unbedarft um, bei Messenger Diensten wie WhatsApp kann es passieren, dass Informationen aus dem Adressbuch ausgelesen werden können. Oft wissen die Verbraucher nicht, dass Nutzungsbedingungen dies zuließen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob wir alle hier im Parlament genau wissen, inwieweit sein Nachrichtendienst auf mehr zugreift, als ihm bekannt ist.

Medienkompetenz gehört mittlerweile zu den notwendigen Kernkompetenzen in unserer Gesellschaft. Das ULD hat im Berichtszeitraum Schulungen für insgesamt 1.500 Schülerinnen und Schüler durchgeführt. Wie kann man sich in der Informationsgesellschaft vor Risiken schützen? Und wie vermeidet man, dass man selbst zu einem Risiko für andere wird? Dies kann man nicht früh genug lernen. Hier leistet das ULD gute Arbeit. Die aktuellen Entwicklungen im Datenschutzbericht zeigen, dass die Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen sehr wichtig ist. Was passiert mit meinen Daten, was kann ich tun, um sensible Daten nicht preiszugeben? Im Schulunterricht werden verstärkt digitaler Medien unter Zuhilfenahme von z. B. Tablets, Notebooks eingesetzt und sogenannte Cloud-Dienste genutzt. Nach Ansicht der ULD braucht es hier Leitlinien für die Nutzung von digitalen Medien im Schulbetrieb.

Positiv ist, dass immer mehr Menschen das ULD kennen und sich mit Fragen und auch Beschwerden an die Behörde wenden. Beschwerden kamen vor allem aus dem Bereich der Videoüberwachung, in Toilettenräumen und Umkleiden war dies besonders kritisch und verstieß gegen das Datenschutzrecht. Weniger Probleme als früher gab es beim Einsatz von Webcams an Nord- und Ostsee. Erfreulich ist, dass der Datenschutz endlich ernst genommen wird. Es gibt eine steigende Nachfrage von Firmen und Behörden nach Beratungs- und Schulungsangeboten des ULD. Die zukünftige Datenschutzgrundverordnung mit ihren zum Teil hohen Bußgeldern wird dem Datenschutz eine Hilfe sein.

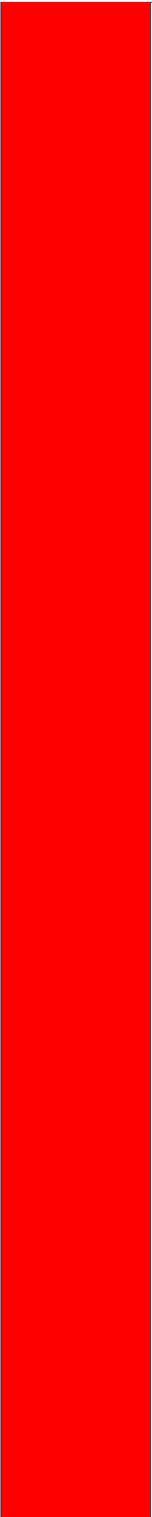
Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einer Welt, in der die Weitergabe und der Austausch von Informationen immer leichter wird und die Bürger und Bürgerinnen immer schwerer die Kontrolle über ihre persönlichen Daten behalten. Aufklärung über die Rechte und ein gesetzlicher Schutz seiner Daten sind von zentraler Bedeutung, denn keiner will den gläsernen Menschen. Bürgerinnen und Bürger müssen soweit wie möglich in die Lage versetzt werden, ihre Rechte frühzeitig selbst wahrnehmen zu können.

Es ist gut, dass wir erreicht haben, dass das ULD fünf zusätzliche Stellen hat. Damit stehen dem ULD jetzt insgesamt 32 Stellen zur Verfügung. Aber reicht das zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages? Denn klar ist auch, die Aufgaben des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein werden nicht weniger. Schon im nächsten Jahr werden die Anforderungen, unter anderem auf Grund der ab Mai 2018 gültigen europäischen Datenschutzgrundverordnung, ansteigen.

Ich hoffe, dass der Landtag auch zukünftig die Bedeutung des Datenschutzes und der Informationsfreiheit im Blick behält und weiterhin für die erforderliche Sach- und Personalausstattung, sowie die Erhaltung der Unabhängigkeit des ULD sorgen wird.

Die Landesbeauftragte für Datenschutz Marit Hansen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ULD leisten sehr gute Arbeit und dafür gilt unser aller Dank. Die Arbeit des ULD ist wichtig und erforderlich.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

A solid red vertical bar is positioned on the left side of the page, extending from the top to the bottom.

Redaktion: Michael Schmidt – Kiel / Kaltenkirchen